21. März 2019 um 13:26
Ein Artikel von: Jens Berger

Bild: defotoberg/shutterstock.com

Bayer und Co. – wer beschützt die Konzerne vor ihren Investoren?

Bereits im vergangenen Jahr verurteilte ein US-Gericht die Bayer AG zur Zahlung von 78 Millionen Dollar Schmerzensgeld an einen Mann, der durch Glyphosat an Krebs erkrankte. Gestern machte ein weiteres Geschworenengericht Glyphosat für die Krebserkrankung eines US-Bürgers verantwortlich. 11.000 vergleichbare Klagen stehen noch aus und selbst das ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Bayer AG hat im letzten Jahr mit Monsanto auch sämtliche Schadensersatzansprüche an den Glyphosat-Hersteller übernommen. Die Risiken waren bekannt und wurden doch ignoriert. Daran könnte nun sogar der gesamte Konzern zu Grunde gehen und mit ihm zehntausende Arbeitsplätze. Warum schützt der Staat Konzerne nicht vor sich selbst, ihrem Management und kurzsichtigen Investoren? Von Jens Berger.

VON JENS BERGER.

Milliardenrisiken durch Glyphosat

Als die Bayer AG im Mai 2016 ihr erstes offizielles Übernahmeangebot für den US-Agrarmulti Monsanto unterbreitete, [1] schrillten bereits damals die Alarmglocken. [2] Monsanto war nicht nur der Inbegriff eines „bösen" Konzerns, der weltweit mit rüden Methoden und gefährlichen Produkten Millionen Kleinbauern in die Abhängigkeit und den Ruin getrieben hat, sondern auch ein Unternehmen, das mit giftigen und krebserregenden Produkten horrende Schadensersatz- und Prozesskostenrisiken aufgetürmt hat.

Der Unkrautvernichter Glyphosat, den zahlreiche unabhängige Studien als krebserregend einstufen, ist nur die Spitze des Eisbergs. Der Glyphosat-Nachfolger Dicamba [3] steht im Verdacht, „flüchtig" zu sein und so nicht nur das Unkraut, sondern auch die Erntepflanzen auf benachbarten Äckern zu vernichten. Zahlreiche Klagen stehen im Raum, die meisten US-Großhändler haben die betreffenden Produkte bereits aus dem Sortiment genommen. Ein noch gar nicht fassbares Risiko stellt zudem das genveränderte Saatgut von Monsanto dar, das nun von Bayer vertrieben wird. Die potentiellen Risiken, die hier lauern, stellen sogar die Risiken des Fukushima-Betreibers Tepco in den Schatten.

Monsanto war eine tickende Zeitbombe, deren Risiken den ursprünglichen Marktwert des Konzerns iHv 45 Milliarden Dollar bei weitem überschreiten. Geradezu halsbrecherisch

ist in diesem Zusammenhang, dass Monsantos Firmenzentrale in den USA liegt und daher auch Glyphosat-Geschädigte aus Drittstaaten Monsanto vor einem US-Gericht verklagen können. Glyphosat ist vor allem in Südamerika und Indien sehr verbreitet. Die Zahl der potentiellen Klagen vor einem US-Gericht ist somit gar nicht zu bemessen und Bayer hat es bis heute versäumt, den rechtlichen Sitz für seine mit Monsanto erworbenen Risiken aus den USA zu verlagern.

BlackRock, Vanguard und Co. – die Gewinner hinter der Fusion

Schnell war damals die Rede vom „dummen deutschen Geld" (stupid german money), mit dem nicht zum ersten Mal die Verluste und anstehenden Strafen von US-Unternehmen bezahlt wurden. Doch hier ist Obacht geboten, denn die Bayer AG war und ist zumindest gemessen an den Besitzverhältnissen gar kein deutsches Unternehmen. Vor der Fusion mit Monsanto waren die größten Bayer-Aktionäre die US-Vermögensverwaltungen BlackRock, Vanguard und die Capital Group. Genau diese drei Unternehmen waren übrigens auch – wenn auch in anderer Reihenfolge – die größten Aktionäre von Monsanto. Heute stammen nur noch 20% des Aktienkapitals aus Deutschland, die Bayer AG gehört also zu vier Fünftel internationalen Investoren wie BlackRock, Vanguard, Fidelity, Dodge & Cox oder den Staatsfonds von Singapur und Norwegen. Diese Akteure waren es auch, die für die Fusion mit Monsanto direkt verantwortlich zeichneten. Es ist schon seltsam, dass in den Medien Bayer-CEO Baumann stets als „Architekt" dieser Übernahme gefeiert wird. Baumann ist ein Angestellter. Über milliardenschwere Fusionen entscheiden aber nicht Angestellte, sondern die Kapitalseite, die Besitzer; vor allem dann, wenn sie Käufer und Verkäufer in Personalunion sind.

Dies wird wohl, wenn es mit den Prozessen in den USA hart auf hart kommt, noch Folgen haben. Nach derzeitiger Kenntnis hat Monsanto die – eigentlich ja offensichtlichen – Risiken im Fusionsvertrag nicht explizit benannt und hier könnten die Altaktionäre von Bayer durchaus ihrerseits Schadensersatzansprüche an das Management und die Großaktionäre geltend machen, denen die Risiken allein schon deshalb bekannt sein mussten, da sie auch Großaktionäre und damit Mitbesitzer von Monsanto waren. Verschärfend kommt hierbei hinzu, dass eben jene Wall-Street-Größen, die maßgeblich an Bayer und Monsanto beteiligt waren, auch die größten Aktionäre bei den Investmentbanken und Kreditgebern waren, die die Fusion erst möglich gemacht haben und die zu den eigentlichen Gewinnern der Übernahme zählen. Es geht hierbei um die Bank of America, Merill Lynch, Credit Suisse, Goldman Sachs, HSBC und JP Morgan. Einzelheiten zu den Konditionen sind natürlich nicht bekannt. Der Profit, den diese Banken bei der Fusion machen, dürfte aber auf jeden Fall in die Milliarden gehen.

Der gesamtgesellschaftliche Schaden für Deutschland ist enorm

Dies sind Milliarden Dollar, die von Deutschland in die USA fließen. Es ist schon merkwürdig, dass die Bundesregierung derartige Übernahmen, die von großer strategischer Bedeutung für den Standort Deutschland sind, nur unter dem Gesichtspunkt möglicher kartellrechtlicher Probleme prüft. Immerhin beschäftigt Bayer direkt rund 32.000 Menschen in Deutschland. Die Zahl der Mitarbeiter, die in den Tochterunternehmen der Bayer AG tätig sind, dürfte die 100.000 locker überschreiten. Wenn es um mehr als 100.000 Arbeitsplätze geht, muss die Politik doch ein Interesse an einer Mitsprache haben.

Das ist jedoch offensichtlich nicht der Fall. Und machen wir uns nichts vor – selbst wenn die Bundesregierung die Bayer-Monsanto-Fusion auf Risiken für den Standort Deutschland überprüft hätte, hätte sie die Fusion nicht verhindert. Die FAZ schrieb damals – stellvertretend für die gesamte wirtschaftsliberale Presse – von einem „historischen Deal" [4] und die Wirtschaftspolitiker der Regierungsparteien waren vor Freude ganz besoffen – wieder einmal ein Global Player aus Deutschland. Auch denn das Menetekel offensichtlich war, gaben die Verantwortlichen sich alle nur denkbare Mühe, die Risiken zu verdrängen.

Warum interessiert sich die Politik nicht mehr für die Zukunft der Wirtschaft?

Wenn ein sicherlich auch nicht gerade sympathischer Pharmakonzern seine Zukunft darin sieht, einen noch unsympathischeren Agrarmulti zu übernehmen und damit ein Geschäftsmodell [5] zu perfektionieren, das global vor allem Verlierer produziert und dafür sorgt, dass Millionen Kleinbauern in den Entwicklungs- und Schwellenländern den Preis dafür bezahlen, dass die Eliten des Nordens von Jahr zu Jahr noch reicher werden, ist dies gesellschaftlich nicht hinnehmbar. Und es ist ja nicht nur die Bayer AG.

Während Automobilkonzerne wie Toyota, Volvo oder Tesla die automobile Zukunft entwerfen, setzen VW, Mercedes und BMW auf die Techniken von gestern und kaufen sich die politische Schützenhilfe, die jedoch auch nur auf nationaler Ebene einen Schutz auf Zeit bietet. Weltweit diskutiert man über eine nötige Energiewende, Deutschlands Energiemultis setzen hingegen auf Braunkohle. Im Bereich Informationstechnik sieht es noch düsterer aus, da können wir uns bei den Internetroutern oder den Mobilfunkantennen nur noch dafür entscheiden, ob wir lieber vielleicht via Huawei von den Chinesen oder sicherlich via Cisco und Juniper von den Amis abgehört werden. Von Google, Facebook, Apple und Co. brauchen wir hier gar nicht anzufangen – europäische oder gar deutsche Alternativen gibt es schlichtweg nicht.

Dies führt zu einer nicht ganz uninteressanten Frage: Wird in Deutschland eigentlich überhaupt noch Industrie- und Wirtschaftspolitik betrieben? Was macht das Bundeswirtschaftsministerium eigentlich? Es kann doch nicht Aufgabe der Politik sein, die Großkonzerne bei jeder geplanten Eselei zu unterstützen. Politik muss führen. Politik muss Leitplanken aufstellen. Politik muss zur Not auch lenkend eingreifen, wenn die Konzerne mal vor sich selbst und ihren Investoren geschützt werden müssen. Eigentum verpflichtet. Das sagt schon das Grundgesetz. Fangen wir doch einmal mit der Debatte an, wie man dies politisch weiterdenken könnte.

JENS BERGER
ist Redakteur der NachDenkSeiten und schreibt regelmäßig Artikel. Er ist Journalist und Sachbuchautor. Zu seinen Büchern gehören „Stresstest Deutschland“, „Wem gehört Deutschland?“ und „Der Kick des Geldes“.

Quellen:

1 https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2016-05/bayer-bietet-62-milliarden-us-dollar-fuer-monsanto

2 https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bayer-die-monsanto-uebernahme-ist-ein-riesengrosses-risiko-1.3003445

3 https://www.n-tv.de/wirtschaft/Bayer-steht-neuer-Arger-ins-Haus-article20577659.html

4 https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/historischer-deal-bayer-bei-monsanto-uebernahme-am-ziel-15621751.html

5 https://www.youtube.com/watch?v=CdpQGw_wWSM

BESUCHEN SIE UNS!
Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar, über QR-Code oder:
www.nachdenkseiten.de/?p=50355